21.01.2022

Vorlage für die Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
am 26.01.2022

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

**Zum Entwurf eines Gesetzes des Landes Schleswig-Holstein zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (GlüStV 2021 AG SH)
zu Drucksache 19/3175**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

1. § 7 „Zweckabgaben“ Absatz 4 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. 1,3 %, mindestens eine Million Euro, davon 200.000 Euro für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung zur Vermeidung und Abwehr von Suchtgefahren durch Glücksspiele und 800.000 Euro zur Bekämpfung der Glücksspielsucht, wozu auch die finanzielle Förderung der Einrichtung des Betriebes von Beratungsstellen zur Vermeidung und Bekämpfung von Glücksspielsucht gehört; Forschungsprojekte können gemeinsam mit anderen Ländern gefördert werden, wobei der Fachbeirat über die Forschungsergebnisse zu unterrichten ist. Zur zielgerichteten Verwendung der Mittel wird ein Beirat gegründet, der das für Gesundheit zuständige Ministerium hinsichtlich der Mittelverwendung berät. Der Beirat wird bei der Landesstelle für Suchtfragen Schleswig-Holstein angesiedelt und koordiniert. In diesem Beirat sollen Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der Forschung, der Fachberatungsstellen, der kommunalen Landesverbände, der Suchtselbsthilfe und des für Gesundheit zuständige Ministeriums vertreten sein. Das Nähere regelt eine Geschäftsordnung im Einvernehmen mit dem für Gesundheit zuständige Ministerium;“

Begründung:

In §7 Absatz 4 Nummer 3 wird der für die Bekämpfung der Glücksspielsucht zur Verfügung stehende Betrag von zuvor mindestens 800.000 Euro, auf den Mindestbetrag von 1.000.000 Euro festgeschrieben. Die Ausweitung der Mittel zur Bekämpfung der Glücksspielsucht ist notwendig, um die Forschung und die Beratungsstellen mit der Neuregulierung des Glücksspielwesens weiter zu stärken. Um die Mittel zielgerichtet einzusetzen wird ein Beirat gegründet, der die Mittelverwendung diskutiert und das Ministerium berät.